

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Gerd Mannes

Abg. Dr. Martin Huber

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Alexander Hold

Abg. Florian von Brunn

Abg. Christoph Skutella

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)

Verfassungsgemäße Grund- und Freiheitsrechte wahren - Keine Klimadiktatur in Deutschland und Europa (Drs. 18/15544)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Herrn Abgeordneten Mannes das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Das Bundesverfassungsgericht hat in einem Beschluss festgestellt, dass das Klimaschutzgesetz des Bundes unzureichend sei. Die Richter kommen zu dem Schluss, dass künftig gravierende Freiheitseinbußen zum Schutz des Klimas verhältnismäßig und verfassungsrechtlich gerechtfertigt sein könnten. An dieser Stelle muss ich ganz klar sagen: Diese nicht näher definierten Freiheitseinbußen können zum gefährlichen Freibrief für die Absichten einer übergriffigen Regierung werden. Jede Kritik an der Klimaidelogie könnte künftig als verfassungswidrig gelten.

Die Kritiker einer solchen wohlstandsverwahrlosten Klimagesellschaft könnten vom Verfassungsschutz beobachtet oder strafrechtlich belangt werden. Die Kriminalisierung unternehmerischer Tätigkeiten oder individueller Mobilität könnten zukünftig auf der Tagesordnung stehen. Kurz gesagt: Unter dem Vorwand des Klimaschutzes könnten Grund- und Eigentumsrechte eingeschränkt oder abgeschafft werden.

Ökosozialistische Umverteilungs- und Enteignungsphantasien wäre Tür und Tor geöffnet. Man könnte auch auf den Gedanken kommen, dass es beim sogenannten Klima-

schutz genau darum geht. Die CO₂-Steuer ist ein verheerendes Beispiel dafür, wie die Bürger unter dem Deckmantel des Klimaschutzes abgezockt werden. Die Verteuerung von Individualverkehr, Bauen und Konsumgütern sorgt für große soziale Ungerechtigkeit. Für breite Schichten der Bevölkerung bedeutet der vermeintliche Klimaschutz vor allem den Verzicht auf Lebensqualität. Den Bürgern muss klar sein, wohin die Ökodiktatur führt. Weite Teile der Industrie und des Mittelstandes werden ruiniert, denn die CO₂-Steuer wird zum sogenannten Carbon Leakage und damit zu Verlusten bei der Wertschöpfung in Bayern führen.

Der BDI findet mahnende Worte für ökosozialistische Ideologien: Die Vielzahl von Verboten, Quoten und Technologievorgaben sind Bausteine einer anderen Gesellschaftsordnung, in der das Leben der Menschen und die Wirtschaft staatlich gesteuert werden. Den Bürgern werden immer mehr Kosten aufgebürdet, und unser Wohlstand wird nachhaltig zerstört. Werden wir bald eine Klimaabgabe auf Privatvermögen sehen, ein Verbot von Einfamilienhäusern für den Klimaschutz oder, wovor wir besonders warnen, einen Klima-Lockdown, wie er von verwirrten Klimajüngern gefordert wird? Die Klimahysterie darf auf keinen Fall ein Grund für Freiheitseinschränkungen oder gar einen Lockdown sein.

Die Verfassungsrichter begründeten ihren Beschluss mit den internationalen Klimaforschungen und den Warnungen des sogenannten Weltklimarates IPCC. Dies erscheint aus mehreren Gründen fragwürdig. Erstens ist das IPCC nicht demokratisch legitimiert. Zweitens ist das IPCC in der Vergangenheit mehrfach durch falsche Prognosen aufgefallen. Drittens ist das IPCC kein neutrales wissenschaftliches Gremium, sondern ein politisches. Dabei geht es auch um knallharte finanzielle Interessen von Lobbygruppen. Ja, es geht um sehr viel Geld. Der sogenannte Klimaschutz ist eine Gelddruckmaschine für pseudogrüne Investoren und einen nimmersatten Staat.

Wir als AfD werden nicht tatenlos zusehen, wie die Bürger weiter entrechtet und abgezockt werden. Bereits die verheerende Corona-Politik hat gezeigt, dass die Regierung den Schutz der Grundrechte nicht wirklich ernst nimmt. Wir als AfD müssen verhin-

dern, dass sich die Verletzung von Grundrechten beim Klimaschutz wiederholt. Grundrechte sind keine Privilegien, sondern unverhandelbare Grundlage einer funktionierenden Demokratie. Die Wahrung der Grund- und Freiheitsrechte muss sichergestellt sein, auch im Hinblick auf Klimaschutzbemühungen.

Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Martin Huber für die CSU-Fraktion.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag zeigt die AfD erneut: Sie ist die Partei des Postfaktischen. Sie ist die Partei der Klimaleugner. Sie ist die Partei der Wissenschaftsleugner. Aber wenigstens darin sind Sie konsequent und stets sich selbst treu.

Der Klimawandel ist schon lange nichts Abstraktes mehr oder irgendetwas weit Entferntes. Er findet statt, ganz konkret, auch bei uns in Bayern. Wir haben an dieser Stelle schon oft darüber gesprochen, über die zunehmenden Starkregenereignisse, aber auch über die zunehmenden Dürren und auch über das Auftauen der Permafrostböden, nicht nur in Russland, sondern auch in unseren Alpen. Der jüngst vorgestellte Gletscherbericht unseres Umweltministers Thorsten Glauber verdeutlicht die Dramatik und die rasante Entwicklung. Und Sie? – Sie relativieren, Sie leugnen, Sie schüren Ängste vor angeblichen Diktaturen.

Herausforderungen werden aber nicht dadurch gelöst, indem man sie für nicht existent erklärt, so wie Sie das beim Klimaschutz machen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gibt uns einen ganz klaren Auftrag; die Handlungsschritte ab 2030 zu konkretisieren und zu beschleunigen. Das hat nichts mit einer von Ihnen befürchteten Klimadiktatur zu tun. Nein, das, was das Bundesverfassungsgericht geurteilt hat, ist letztlich

etwas ganz anderes: Es ist praktisch die höchstrichterliche Verankerung der Nachhaltigkeit als Politikprinzip.

Was ist denn das Wesen der Nachhaltigkeit? – Heute so zu leben und so zu wirtschaften, dass auch die nachfolgenden Generationen noch genügend Handlungsspielraum haben, ihre eigene Zukunft zu gestalten. Genau darum geht es auch beim Klimaschutz: heute die Weichen so zu stellen, dass auch die zukünftigen Generationen die Handlungsfreiheit behalten.

Mit Ihrem Dringlichkeitsantrag zeigen Sie, was Sie von der Nachhaltigkeit halten: nichts. Wenn Ihnen der Schutz unserer Freiheit und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung so sehr am Herzen liegt, dann haben Sie in der AfD dabei ganz andere Baustellen. Bekennen Sie sich zu dieser, unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, distanzieren Sie sich von der braunen Soße des "Flügels", distanzieren Sie sich von dem völlig verquerten Geschichtsbild Ihrer Spitzenleute. Wer Björn Höcke in den Bayerischen Landtag einlädt, der hat jeglichen Anspruch verwirkt, sich ernsthaft um unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu sorgen. Deshalb ist Ihr Antrag scheinheilig und sonst gar nichts. Mehr gibt es nicht zu sagen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Huber, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Mannes von der AfD-Fraktion vor.

Gerd Mannes (AfD): Herr Huber, ich glaube nicht, dass wir irgendetwas leugnen. Aber jetzt will ich hier doch noch mal ein paar Zahlen und Fakten präsentieren: Deutschland repräsentiert weltweit ungefähr 0,07 % der Fläche und 2,5 % des CO₂-Ausstoßes. Das ist das, was wir 2017 bis 2018 an Wachstum gesehen haben. Es geht hier natürlich um die Verhältnismäßigkeit.

Jetzt zur konkreten Frage – ich habe es vorhin in meiner Rede schon gesagt –: Wie bewerten Sie von der CSU es, dass Deutschlands wichtigster Industrieverband, der BDI, eindringlich davor warnt, sich politisch zu sehr auf den Klimaschutz zu fixieren? Das ist ja nur ein Problem von vielen, die wir in der Welt haben. Wie steht es überhaupt mit Ihrem – ich sage mal – Anbiederungskurs an die GRÜNEN? Was passiert mit unserem Industriestandort? – Das können Sie sich doch vorstellen. Ich habe vorhin auch zu Carbon Leakage ausgeführt.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Das führt natürlich dazu, dass wir Wertschöpfung verlieren. Wie stehen Sie dazu? Können Sie das mal ausführen?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Mannes. – Herr Dr. Huber, Sie haben das Wort.

Dr. Martin Huber (CSU): Herr Mannes, Ihre Äußerung zeigt wieder einmal, dass die AfD sich der internationalen Verantwortung und der internationalen Einbindung Deutschlands und Bayerns nicht bewusst ist. Sie reden vom Industriestandort, und gleichzeitig wollen Sie den Austritt aus der Europäischen Union. Sie negieren die Verpflichtung aus völkerrechtlichen Abkommen. Sie negieren die Verpflichtungen, die Deutschland im Pariser Klimaschutzabkommen eingegangen ist. Sie sind mit Sicherheit nicht diejenigen, die den Industriestandort, den Wirtschaftsstandort Deutschland voranbringen, mit Sicherheit nicht!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Huber. – Nächster Redner ist Herr Kollege Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Was will man mit Klimawandelleugnern über Klimaschutz diskutieren? –

Deswegen werde ich meine Rede ganz kurz machen: Wir lehnen den Antrag natürlich ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegt dennoch eine Zwischenbemerkung vor. – Sie kam zu spät, wurde mir gesagt. Herr Prof. Dr. Hahn, Sie können sich später gerne zu Wort melden.

(Widerspruch des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

– Das war zu spät, Herr Prof. Dr. Hahn. Sie waren zu spät dran. Sie können sich gerne später noch mal melden.

Herr Stümpfig, vielen Dank. Die Zwischenbemerkung kam zu spät. Deshalb hat jetzt der Vizepräsident Alexander Hold für BÜNDNIS 90 – Quatsch! –, für die FREIEN WÄHLER das Wort.

(Heiterkeit – Zurufe von der AfD: Es sind alles GRÜNE!)

Bitte schön, Herr Hold.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, herzlichen Dank für das Vertrauen! Ich spreche gerne für alle, wenn das gewünscht ist.

(Heiterkeit – Zurufe von der AfD)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! An die Herren von der AfD: Ihre Anträge sind oft ja gar nicht der Rede wert. Aber heute danke ich doch für diesen Antrag, weil er nämlich so entlarvend klar macht, wofür Sie wirklich stehen. Damit meine ich jetzt überhaupt nicht die Verblendung, was die Tatsachen der existenziellen Bedrohung durch den Klimawandel betrifft – geschenkt. Was viel bedenklicher ist, ist das, was Sie hier tatsächlich beantragen. Das Bundesverfassungsgericht entscheidet, dass die zeitliche Verteilung der Emissionsminderungen im Klimaschutzgesetz nicht mit den

Grundrechten vereinbar ist. Sie fordern unter der dreisten Überschrift "Verfassungsgemäße Grund- und Freiheitsrechte wahren – Keine Klimadiktatur in Deutschland und Europa" die Staatsregierung auf, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nicht anzuerkennen, sie nicht nur zu ignorieren, sondern ihr auf allen politischen Ebenen entgegenzuwirken, damit die Autorität des Bundesverfassungsgerichts zu untergraben und die Justiz im Grunde nicht mal als dritte Gewalt und als Säule unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung anzuerkennen. Ihr Abgeordneter Henkel hat in der vorigen Debatte von Pseudodemokraten gesprochen. Sie selbst so zu nennen, wäre, ehrlich gesagt, beschönigend, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf)

Sie brauchen gar nicht mit denen durch die Straßen zu ziehen, die die Pandemie oder den Klimawandel leugnen. Sie brauchen auch nicht die zu geißeln, die Steine werfen. Sie ziehen durch unsere Parlamente und bewerfen letzten Endes unsere verfassungsmäßige Ordnung mit Pflastersteinen, meine Damen und Herren. So ist es nämlich. Sie demaskieren sich durch diesen Dringlichkeitsantrag.

(Zuruf)

Das muss man sich mal vorstellen! Wer als Legislative die Exekutive auffordern will, gegen die dritte Gewalt anzukämpfen, der kämpft gegen unsere verfassungsmäßige Ordnung und ist ein Fall für den Verfassungsschutz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Vizepräsident Hold. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Florian von Brunn das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von den demokratischen Parteien! Was sind das eigentlich für Leute, die glauben, dass alle anderen, die an wissenschaftlicher Erkenntnis festhalten, Unrecht haben, und die, wenn man Probleme ernst nimmt, wenn man das größte Problem des

21. Jahrhunderts und die wissenschaftliche Erkenntnis dazu ernst nimmt, davon sprechen, das sei Ideologie und man sei auf dem Weg in die Diktatur? – Das ist auf jeden Fall eine rechtsradikale Partei. Aber man muss eigentlich schon die Frage stellen, ob es sich in diesem Zusammenhang um eine rechtsradikale Sekte handelt,

(Lachen)

die von Verschwörungstheorie und Wahnvorstellungen getrieben ist. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wenn wir vor Diktatur und Ideologie Angst haben müssen, dann sollten wir auf Ihre Seite schauen,

(Zuruf)

weil wir wissen, in welcher historischen Tradition Sie stehen. Wir werden Sie bekämpfen und aus diesem Landtag rausschmeißen.

(Zurufe)

Zu Recht. Das garantiere ich Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege von Brunn. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Christoph Skutella das Wort.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollegen von der AfD, dass Sie neben unserer Legislative und Exekutive nun auch die Judikative und ihre Urteile angreifen, wundert uns bei Ihrer Geisteshaltung nicht. Sie beweisen auch hier am Rednerpult immer wieder, was Sie wirklich vertreten. Es bringt eine ganz neue Qualität hier in die Diskussion, die aber nicht besonders positiv ist.

Wir Liberale begrüßen den Verweis des Bundesverfassungsgerichts auf die Generationengerechtigkeit. Die Freiheit und die Chancengerechtigkeit nachkommender Gene-

rationen müssen es uns wert sein, unsere Anstrengungen gegen den Klimawandel zu verstärken. In dem Weg hin zur notwendigen Klimaneutralität und somit zum Schutz der Freiheitsrechte unserer Kinder und Enkel unterscheiden sich die Positionen der vernünftigen Parteien und Fraktionen zwar durchaus, wie man auch an den heutigen Dringlichkeitsanträgen sehen kann, aber zumindest die demokratischen Fraktionen in diesem Haus eint, dass sie gemeinsam an dem Thema arbeiten und das grundsätzlich angehen wollen. Das ist auch mein Appell an Sie alle, dass wir das Thema Klimawandel – wir werden in den nachkommenden Anträgen den Klimaschutz noch weiter diskutieren – gemeinsam behandeln. Der Dringlichkeitsantrag der AfD bringt dabei gar nichts. Deswegen werden wir ihn auch ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Skutella. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD auf Drucksache 18/15544 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die anderen Fraktionen. Enthaltungen? – Bei Enthaltung des Abgeordneten Plenk (fraktionslos). Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.